



Zusätzliche Beförderungen bei der Polizei in den beiden kommenden Jahren

Malchow zu Kabinettsbeschluss: „Endlich mal ein Lichtblick für die geschröpften Polizeibeschäftigten!“

Kiel – Mit dem Beschluss der Landesregierung, der Polizei die finanziellen Mittel für die im Koalitionsvertrag zugesagten Strukturverbesserungen bei den Beförderungen für die beiden kommenden Jahre zur Verfügung zu stellen, sei eine Erwartung erfüllt worden, stellte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow in einer ersten Reaktion zur Mitte November getroffenen Kabinettsentscheidung der Landesregierung fest. „Nach harten Verhandlungen und unzähligen Gesprächen auch mit der GdP sind die entscheidenden politischen Signale für Beförderungen heute endlich gegeben worden“, so Malchow. Damit seien neben den ruhestandbedingten Anhebungen, den so genannten Kaminzügen, auch zusätzliche Beförderungen zum 1. Januar 2011 möglich. Und das im Umfang der vergangenen Jahre. Absehbar wird es zudem Mitte kommenden Jahres auch noch einen weiteren Beförderungstermin geben.

Zudem werde auch mit der beabsichtigten Anhebung einiger Tarifstellen einer GdP-Forderung entsprochen. „Das ist endlich der Einstieg in eine angemessene Bezahlstruktur auch bei den Beschäftigten“, so Malchow weiter.

Nach GdP-Erkenntnissen laufen die konkreten Beförderungsplanungen derzeit bereits auf Hochtouren. Besonders erfreut zeigte sich Oliver Malchow, dass auch für die überfälligen Strukturverbesserungen fürs Jahr 2012 die Weichen entscheidend gestellt worden seien. „Damit bleibt der Landespolizei eine Verunsicherung wie in den zurückliegenden Wochen erspart“, so Malchow hoffnungsvoll. Allerdings habe die Polizei die nun in 2011 und 2012 möglichen Beförderungen aus eigenen Einsparungen erwirtschaftet, gab der GdP-Landesvorsitzende zu bedenken. Dennoch sei die Entscheidung der Landesregierung endlich mal

ein Lichtblick für die in den vergangenen Jahren finanziell geschröpften Polizeibeschäftigten.

„Somit hat es sich als erfolgreich erwiesen, trotz der beabsichtigten Einsparungen mit Innenminister Schlie und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Kubicki in Verhandlungen zu bleiben. Nur so ist es

zu diesen zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten gekommen“, so Oliver Malchow. Durch ihr Engagement für diese zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verbesserung der Beförderungsstruktur hätten Innenminister Schlie und Kubicki Wort gehalten (siehe auch Kasten auf Seite 2).

Thomas Gründemann



Oliver Malchow



Zusätzliche Beförderungen: Klaus Schlie und Wolfgang Kubicki hielten Wort.



Fotos: Gründemann

Im Namen des Landesvorstandes, der Geschäftsstelle und der Redaktion wünschen wir allen Mitgliedern, ihren Familienangehörigen sowie Freunden und Geschäftspartnern der GdP eine ruhige Adventszeit, schöne Weihnachten und einen besinnlichen Jahresabschluss!

Oliver Malchow Landesvorsitzender
Karl-Hermann Rehr Landesgeschäftsführer
Thomas Gründemann Redakteur



Landesfachausschuss WSP besucht Berlin

Berlin. Der Landesfachausschuss WSP des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein traf sich am 25. Oktober 2010 in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, um sich für drei Tage rund um das Thema „Demokratie, Interessenverbände und Gewerkschaften“ fortzubilden und GdP-relevante Themen zu bearbeiten.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 1/2011:
Freitag, 3. Dezember 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Bernd Poschkamp und dessen Arbeitsbericht zog der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius ein Fazit aus der Zeit nach der letzten Fachausschusssitzung. Es folgten Diskussionen zu den Themen Ausrichtung des LFA WSP bis zum Delegiertentag 2013, Mitgliederbetreuung und Vertrauensleutearbeit und Internetauftritt des LFA.

Die Marschrichtung für die anstehenden Personalratswahlen wurde festgelegt und der Arbeitsschutz auf Dienstbooten beleuchtet. Vor dem Hintergrund der einschneidenden Maßnahmen bei der WSP in Niedersachsen wurde ein Positionspapier zum Maritimen Küstenschutz erarbeitet und formuliert.

Der Stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut erläuterte der Runde die Position der GdP in den Bereichen Castortransport und Situation der WSP Niedersachsen.

Als Gast berichtete Günter Herrmann vom WSP-Revier Flensburg über die Redaktionsarbeit für die Zeitschrift „Wasserschutzpolizei und Schifffahrt“, die jetzt in der 8. Auflage erscheint. Auch das GdP-Malbuch „Urlaub am Meer“ erfreut sich großen Zuspruchs und wird aus der

gesamten Bundesrepublik angefordert. Neben dem Besuch des Reichstagsgebäudes stand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Küste, dem Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebing (CDU), auf dem Programm. In ei-



Die Teilnehmer: Werner Apsitis, Andreas Kropius, Ralf Wagner, Henning Storm, Harald Tiedemann und Bernd Poschkamp (v. l.)

nem 45-minütigen Gespräch in den Räumen des Bundestages erläuterte er der Runde die Arbeit der Abgeordneten und die Umsetzung von EU-Beschlüssen. Über die besondere Situation auf der Flensburger Förde in Punkt auf grenzüberschreitende Fahrgastsschifffahrt war er gut informiert, konnte aber keine neuen Ansatzpunkte zur Problemlösung aufzeigen. Nach drei interessanten und arbeitsreichen Tagen trat der LFA WSP, zu dem auch die Kollegen Ralf Wagner, Harald Tiedemann, Henning Storm und Werner Apsitis gehören, den Heimweg an.

Schlie: Abschied von Beförderungen nach Haushaltslage

Gegenüber den LN wurde Kiels Innenminister Klaus Schlie (CDU) konkret. Um den Beförderungsstau auszulösen, will Schlie demnach bis 2012 insgesamt 2,7 Millionen Euro für höherdotierte Posten bei der Landespolizei investieren. Schleswig-Holsteins Innenminister will den sogenannten Beförderungsstau nach zähen Verhandlungen mit der Gewerkschaft jetzt auflösen (das DP-Landesjournal berichtete). „Das ist der Abschied von Beförderungen nach Haushaltslage“, sagte Schlie. Bis 2012 sollen jeweils mindestens 500 Polizeibeamte aufsteigen – 150 mehr als geplant. Ohne das zusätzliche Geld hätten Polizisten nur als „Nachrücker“ für ihre pensionierten Kollegen befördert werden können.



7. KRIMINALPOLITISCHE FACHTAGUNG

Heftige Diskussion um Vorratsspeicherung

Große Resonanz bei Fachtagung – von Thomas Gründemann

Kiel – „Wirtschaft – Internet – Kriminalität“ – unter diesem Motto stand Anfang November die 7. Kriminalpolitische Fachtagung, zu der der GdP-Landesbezirk ins „Haus des Sports“ eingeladen hatte. Und das Interesse war wie bei den vorherigen Fachtagungen beachtlich. Rund 70 Teilnehmer aus den Bereichen Polizei, Justiz, Wirtschaft und Politik konnten der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow und der Vorsitzende des Fachausschusses Kriminalpolizei Kai Richter bei der Kriminalpolitischen Fachtagung begrüßen.

Wie ein roter Faden zog sich das Thema Vorratsdatenspeicherung durch die Tagung.

In seinem Grußwort hatte Innenminister Klaus Schlie vorgelegt und sich energisch für eine rasche Neuregelung einer Mindestspeicherfrist starkgemacht. „Telekommunikationsdaten sind für eine effektive Strafverfolgung und Gefahrenabwehr unverzichtbar“, konstatierte Schlie. Nach der ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dem Gesetz über die so genannte Vorratsdatenspeicherung gebe es eine erhebliche Schutzlücke in der Kriminalitätsbekämpfung. 880 von 1157 Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden, also mehr als 75 Prozent, hätten vom Provider nicht mehr beantwortet werden können.

Dabei handele es sich um das Ergebnis einer sechsmonatigen bundesweiten Erhebung durch das Bundeskriminalamt. Besonders dramatisch: Bei drei von vier Fällen sei es dabei um die Verbreitung, den Erwerb oder den Besitz von kinder- und jugendpornografischen Schriften gegangen. Weil die Ermittlungsbehörden ohne eine rechtliche Grundlage nicht weiterkämen, forderte der Innenminister Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf, endlich den Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Mindestspeicherfrist noch in diesem Jahr vorzulegen.

Das Internet dürfe kein straffreier Raum bleiben und Strafermittler müssten wenigstens auf Augenhöhe der Täter operieren können. Ansonsten gehe die berechtigte Erwartung der Bürger, in Sicherheit zu leben, baden. Insbesondere auch im Kampf gegen die Kinderpornografie brauche die Polizei wirksame und auf der technischen Höhe der Zeit liegende Instrumente.

Die Bundesjustizministerin müsse jetzt handeln. „Wer jetzt noch mit der notwendigen Gesetzgebung wartet, ignoriert unendliches, irreparables und lebenslanges Leid



Unter der Moderation von Hans-Martin Burr (Mitte) diskutierten im Podium Alexander Hahn, Hugo Müller, Alexander Geschonneck, Frank Müller und Dr. Thilo Weichert (v. l.).

traumatisierter Kinder und Jugendlicher“, mahnte der Innenminister. Prominente Unterstützung mit seiner Forderung erhielt Schlie vom Chef des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke. Ziercke gab in einem Referat eine beeindruckende Lagebeschreibung und Entwicklung der Bedrohung der Wirtschaft durch Internet-Kriminalität. Von 2005 bis 2009 hätten sich beispielsweise die Delikte der Informations- und Kommunikationskriminalität auf 50 254 fast verdoppelt. Dabei gingen 85 Prozent aller Ermittlungsansätze verloren, weil die IP-Adresse nicht zu ermitteln sei, erläuterte der BKA-Chef. Ziercke forderte eine verbesserte Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Sicherheitsbehörden.

Hoch her ging es, als es unter der Moderation von Hans-Martin Burr, dem Chefredakteur von Computer-Bild, um das Thema Vorratsspeicherung ging.

Den Befürwortern aus den Reihen der Polizei, zu denen Alexander Hahn, Dozent an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Altenholz, Hugo Müller, Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, sowie Frank Müller (Landeskriminalamt) zählten, saß als „Gegner“ kein Geringerer als der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragter Dr. Thilo Weichert gegenüber. Alexander Geschonneck, Leiter des Bereichs Forensic Technology bei der KPMG AG, komplettierte die Podiumsrunde.

„Wir haben momentan straffreie Räume, die weg müssen“, unterstrich Frank Müller seine Forderung nach einer entsprechenden gesetzlichen Regelung. 80 Prozent der anfallenden Ermittlungsvorgänge könnten aufgrund fehlender Bestandsdaten nicht bearbeitet werden, gab der LKA-Beamte zu bedenken. Genauso

sah es Hugo Müller. „Wir haben derzeit nichts, das ist ein Drama“, befand der Stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende. Es



BKA-Chef Jörg Ziercke

müsse schnellstmöglich ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht werden, der die Kriterien des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigt. Auch „Quick Freeze“, eine

Fortsetzung auf Seite 4



7. KRIMINALPOLITISCHE FACHTAGUNG

Fortsetzung von Seite 3

kurzzeitige Speicherung, sei für die Polizei bei der Verfolgung und Ermittlung von Straftaten kaum hilfreich. Die Kritiker der Vorratsdatenspeicherung wie der Landesdatenschützer müssten auch diesen Argumenten gegenüber aufgeschlossen sein. Damit biss Müller bei Thilo Weichert auf Granit. Dieser zeigte wenig bis kein Verständnis für die Problemlage der Strafverfolgungsbehörden. Fehlende Kreativität und Diskussionsbereitschaft bei den Befür-



Heiko Petersen gab einen Einblick in die praktischen Probleme.

Fotos: Thomas Gründemann

wortern der Vorratsspeicherung, monierte der Landesdatenschützer. „Sie wollen mich nicht verstehen“, konstatierte Weichert. Das Bundesverfassungsgericht habe eine Abwägung vorgenommen und entschieden, dass eine 100-prozentige Erfassung von Daten ein Eingriff sei, der weit über das Zulässige hinausgehe, rief Weichert in Erinnerung. Ermittlungsansätze müssten sich an Freiheitsrechten orientieren. „Die Polizei muss Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen“, sagte Thilo Weichert. Der Landesdatenschützer würde mit seinen Bedenken gegen die Vorratsspeicherung die Verfolgungsbehörden unter einen Generalverdacht stellen, meinte Alexander Hahn. Mit einer Speicherzeit von ein bis zwei Wochen könne die Polizei praktisch nicht arbeiten. „Gucken Sie sich doch einmal die polizeiliche Realität an“, sagte Hahn an Weichert gewandt.

In seinem Referat war Alexander Hahn zuvor auf das Phänomen wirtschaftsschädigender Internetattacken sowie die Computerkriminalität und ihr Dunkelfeld eingegangen. Umfassende und belastbare Untersuchungen zu dieser Thematik seien zwar nicht bekannt. „Die Größe des Dun-

kelfeldes dürfte aber enorm sein“, so Hahn. Vor allem das „böartige“ Hacking erweise sich für Wirtschaftsunternehmen und Behörden zusehends als Bedrohung. Die Entwicklung der Aufklärungsquote liege in diesem Bereich deutlich unter der durchschnittlichen Aufklärungsquote. Viele Angriffe würden vielmehr polizeilich nicht bekannt, beispielsweise aus Sorge der Unternehmen vor einer Rufschädigung bei einem Bekanntwerden.

Die Polizei müsse sich in dieser Frage als kompetenter Ansprechpartner erweisen. „Dafür brauchen wir gute und ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Hahn. Anhand der Studie „e-Crime 2010“ gab Alexander Geschonneck einen Einblick in Computerkriminalität in der deutschen Wirtschaft. 500 Unternehmen gehörten im Rahmen der Studie zu den Befragten. Bei den e-Crime-Delikten rage – der Studie zufolge – der Datendiebstahl mit 61 Prozent heraus. Dies geschehe vor allem durch mobile Datenträger wie beispielsweise USB-Sticks. Die Schäden bezifferte Geschonneck je nach Deliktstyp auf knapp eine Million Euro pro Einzelfall.

Die Mehrheit der geschädigten Unternehmen ginge jedoch erst dann zur Polizei, wenn in der Sache Klarheit bestehe, häufig aus Scheu vor einem Reputationsrisiko. Bis dahin seien oft Wochen vergangen. Zudem bemühten sich die Unternehmen meist vorher um eine arbeitsrechtliche und zivilrechtliche Klärung. Es sei aber außergewöhnlich schwierig, e-Crime überhaupt zu erkennen. „Eine noch so ausgeklügelte Sicherheitsstruktur ist aber machtlos gegen den Faktor Mensch“, sagte Geschonneck. Die Situation und Probleme eines Praktikers bei der polizeilichen Suche, Sicherung und Auswertung elektronischer Spuren beschrieb Heiko Petersen den Tagungsteil-

nehmern. Insgesamt sechs Dienststellen mit 26 Ermittlern würden sich landesweit mit der IT-Forensik beschäftigen.

Die Ausstattung mit Hard- und Software wie auch die Aus- und Fortbildung in diesem Spezialbereich sei gut, die personelle Situation allerdings weniger. „IT-Beweissicherung ist schließlich mehr als „nur“ Datensicherung“, sagte Petersen. Dazu gehörten die gerichtsfeste Sicherung von Datenträgern alle Art, die Analyse und Rekonstruktion bis hin zur Aufbereitung der Daten für die Sachbearbeitung und das Gericht.

Als größtes Problem erweise sich letztlich die Länge der Verfahren. Ursächlich hierfür sei der geringe Personalbestand. „Deshalb brauchen wir für unsere Arbeit zwingend mehr Polizeihauptmeister“, unterstrich der Ermittler.

Marathon in Antalya

6. Internationaler Marathon/Halbmarathon an der Türkischen Riviera

„Runtalya“ – mittlerweile das Laufhighlight im Frühling an der Türkischen Riviera – gewinnt immer mehr an Beliebtheit. PSW-Reisen bietet dazu ein spezielles Programm mit An- und Abflug sowie Unterbringung in unterschiedlichen Hotels (ab 3 bis 5 Sterne) ab **299 €** p. P.
Veranstalter: Öger Tours

PSW-Reisen

Max-Giese-Str. 22, 24116 Kiel,
Tel. 04 31/1 70 93

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck
Tel. 04 51/5 02 17 36

www.psw-tours.de

Kaum zu glauben!

Nach Auflösung des Bezirksrevieres und der Schließung der Einsatzleitstelle in Plön sollte die bisher ausgelagerte Kripodienststelle in das Dienstgebäude in der Hamburger Straße einziehen.

Eine sinnvolle Entscheidung und zusätzlich könnten dadurch Mietkosten in Höhe von ca. 30 000 Euro eingespart werden. Nun war zu erfahren, dass sich der Umzug verschiebt, weil die Büros für den Einzug nicht hergerichtet werden können, denn derzeit ist dafür kein Geld da (nach Schätzungen ca. 20 000 Euro. Aus diesem Grunde wurde der

Mietvertrag für die Kriminalpolizei Plön um ein Jahr verlängert. Und das kostet? Genau: ca. 30 000 Euro für Mietkosten zusätzlich!

Geld, das jetzt fehlt und sinnvoller an anderer Stelle hätte eingesetzt werden können. Es stellt sich die Frage, warum hier nicht flexibel und schnell eine andere Lösung gefunden werden konnte?

Übrigens fallen die geschätzten 20 000 Euro für Umbau- und Renovierungskosten nach heutigem Stand trotzdem an ...



FRAUENSEMINAR**Gelungenes Seminar**

Leck. Vom 13. bis 17. September 2010 war es nun wieder soweit: Das Frauenseminar der GdP – diesmal unter dem Thema „WORK-LIFE-BALANCE“. Auch in diesem Jahr war das Interesse der Frauen groß, vor allem, weil der Inhalt Aktualität, Kommunikation und Umsetzbarkeit in die Praxis versprach.

Bereits beim Eintreffen in der Nordseeakademie in Leck und nach der Begrüßung durch die Organisatorin Anke Kawald konnte man feststellen, dass es sich bei den zwölf Teilnehmerinnen um eine interessante Mischung handelte. Die Frauen kamen aus den unterschiedlichsten Sparten der Polizei. Das versprach einen regen Austausch und viel Spaß.

Unsere Seminarleiterin, die 31-jährige Kommunikationstrainerin und Ernährungsberaterin Cathleen Rauchfuß, stellte uns zunächst die Themen der nächsten Tage, u. a. Stressbewältigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ernährungs- und Gesundheitsberatung, vor.

Während der Seminarwoche beschäftigten wir uns intensiv mit dem „Work-Life-Balance-Rad“, mit der „maslowischen Bedürfnispyramide“, mit der „Motiv-Struktur-Analyse“, mit

Stressvermeidungstaktiken und den Grundlagen gesunder Ernährung. Viele Sachen, die man schon mal gehört hatte, die aber einer Auffrischung bedurften, und auch etliches Neues, was man gut im Alltag anwenden kann.

Und zwischen der Theorie rund um das Zeitmanagement und die „Zeit-Mittel-Analyse“ lernten sich die Teilnehmerinnen immer besser kennen und schätzen.

Abends wurden die neuen Kontakte bei gemeinsamen „Klönchnacks“ und 'ner guten Flasche Wein noch vertieft.

Viele der Frauen nutzten auch die neben der Nordseeakademie befindliche Schwimmhalle mit Saunabereich zum „Abschalten“ oder „Auspowern“. Die ganz Eifrigen waren bereits vor der ersten Unterrichtseinheit morgens zum Joggen oder Walken und setzten beim Frühstück gleich die neuen Tipps der Ernährungsberatung um.

Ich für meinen Teil muss zugeben, dass bei all den leckeren Speisen mir das wirklich schwerfiel und ich vielmehr das sehr gute Essen in vollen Zügen genossen habe.



Die Freude steht ihnen ins Gesicht geschrieben: Die Teilnehmerinnen eines gelungenen Frauenseminars.

Nach fünf Tagen intensiver Zusammenarbeit und des Kennenlernens fiel der Abschied schwer, obwohl sich auch alle auf ihre Familien freuten.

Auf jeden Fall wollen wir uns alle mal wiedertreffen – und wenn auch nicht „real“, dann eben per LSK.

Stellvertretend für alle Teilnehmerinnen möchte ich mich an dieser Stelle bei der scheidenden Organisatorin Anke Kawald und bei unserem Coach Cathleen Rauchfuß für die gelungene Woche bedanken!

Hoffentlich wird es in der Zukunft – trotz aller Sparpläne – weitere solch interessante Seminare (anerkannt als Bildungsurlaub) geben! Ich freue mich schon darauf.

Kathleen Urban

REGIONALGRUPPENTERMINE**Einladung!****Lübeck-Ostholstein**

Traditioneller Adventskaffee für Senioren – Bereich Lübeck – am **Freitag, 17. Dezember 2010, 15.00 Uhr**, im historischen Gewölbe der Handwerkskammer Lübeck, Breite Straße 10–12. Wir bitten um Anmeldung bis zum 9. Dezember 2010 beim Kollegen Oskar Scharnowski, Tel.: 0 45 06-10 84, oder Andreas Sanke-witz, Tel.: 04 51-1 31 20 70.

Nordfriesland

Adventskaffee für Seniorinnen und Senioren in der Vorweihnachtszeit am Mittwoch, **1. Dezember 2010, 14.30 Uhr**, Carstens Gasthof, Hauptstraße 28, Horstedt. Themen: Neueste Informationen der Regionalgruppe und der Landes-seniorengruppe (Frank Poster), Fragen zur

Polizei-Versicherung beantwortet die Signal Iduna, gemütliches Verspielen (Lotto), sonstiges. Wie immer sind auch die Partnerinnen/Partner herzlich willkommen. Anmeldungen bitte beim Kollegen Horst Wendorff, Tel.: 0 48 41-7 51 44 oder 01 57-74 17 49 22, E-Mail: horst.wendorff@t-online.de, oder Stefan Lukas, Tel.: 0 48 41-8 30 21.

Schleswig-Flensburg

Senioren-Adventskaffee mit anschließendem Verspielen am Mittwoch, **1. Dezember 2010, 15.00 Uhr**, Sportschützenheim Fährdorf. Anmeldungen bitte an die Kollegin Britta Schäfer, Tel.: 0 46 21-8 41 02 (vormittags), oder den Kollegen Walter Bossen, Tel.: 0 46 21-5 36 31.

Schleswig-Holstein Mitte

Traditionelle Adventsfeier der Seniorinnen, Senioren und Hinterbliebenen am Dienstag, **7. Dezember 2010, 15.00 Uhr**, Gaststätte Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerrönfeld. Anmeldungen bitte an den Kollegen Peter Petersen, Tel.: 0 43 51-4 44 09, oder Torsten Jäger, Tel.: 0 43 21-9 45 20 05.

– Seniorengruppe Neumünster –

Adventskaffee mit nettem „Klönchnack“ der Seniorinnen und Senioren am Mittwoch, **8. Dezember 2010, 14.30 Uhr**, Polizeikantine Neumünster, Alemannenstraße 14–18. Anmeldungen bitte unbedingt bis 6. Dezember 2010 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



GdP-Erfolg bei GMSH-Personalratswahlen

Kiel – Am 5. Oktober 2010 fanden nach vorab beschlossener Auflösung des Personalrates in der GMSH vorgezogene Neuwahlen statt. Nach anfänglichem „Säbelrasseln“ kam letztendlich nur eine „gemischte Liste“ zustande.

Hauptkriterium für diese Liste war eine zukünftig wirklich authentische Arbeitnehmervertretung!

Diesem Wahlvorschlag gehörten u. a. auch drei GdP-Mitglieder an. Diese drei

wurden nicht nur wiedergewählt, sondern konnten auch auf der konstituierenden Sitzung gleich zwei Vorstandsposten besetzen.

Wiedergewählt wurde die Kollegen Monika Otte (stellvertretende Sprecherin der GdP-Betriebsgruppe) und Karl-Heinz Bode (1. Sprecher der GdP-Betriebsgruppe). Mit diesen beiden „Vollblut-Personalräten“ ist die GdP sogar mit zwei Mitgliedern im fünfköpfigen neuen

PR-Vorstand (zugleich Stellvertreter/-in des Vorsitzenden) vertreten. Der Kollege Markus Lühje wurde nun auch endlich nach vierjähriger „Reservebank“ als ordentliches Mitglied bestätigt.

Ein toller Erfolg für die nicht nur einzige aktive gewerkschaftliche, sondern auch vom Organisationsgrad höchste Betriebsgruppe in der GMSH.

K.-H. Bode

SOZIALWERK

Neuer Aufsichtsrat für GdP-Sozialwerk

Alle vier Jahre hat der GdP-Landesvorstand einen neuen Aufsichtsrat für das GdP-Sozialwerk zu bestimmen. Dieses Gremium nimmt die Aufsicht der Geschäftsführung, aber auch die Einhaltung der im Gesellschaftervertrag festgelegten Aufgaben wahr. Der Aufsichtsrat hat die Jahresabschlüsse festzustellen und den Lagebericht der Geschäftsführer zur Situation des Unternehmens abzufordern. Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern.

Der Landesvorstand hat in seiner Frühjahrssitzung folgende Benennungen vorgenommen:

Andreas Breitner, Bürgermeister von Rendsburg

Peter Deutschland, ehemaliger DGB-Bezirksvorsitzender

Martin Hellwig, GdP-Landesbezirk Niedersachsen

Werner Mauren, Vorstand PSD-Bank Kiel

Nach dem Gesellschaftervertrag tritt von Amts wegen der Vorsitzende des Landeskontrollausschusses als vollstimmberechtigtes Mitglied hinzu.

Am 15./16. August 2010 fand die Konstituierung des neuen Aufsichtsrates statt. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Zum Vorsitzenden wurde **Werner Mauren** gewählt, stellvertretender Vorsitzender wurde **Frank Lassen**, Vorsitzender des GdP-Landeskontrollausschusses.



Werner Mauren

1990 bis 1995 Wechsel zum Verband der Post-Spar- und Darlehensvereine in Bonn (jetzt: Verband der PSD-Banken)

Hauptaufgabe:

Aufbau eines Aus- und Fortbildungssystems für die Beschäftigten der PSD-Banken

Ab 1994 PSD-Personal wird aus der Post ausgegliedert; seitdem bis heute: ohne Bezüge beurlaubt für die Tätigkeit bei den PSD-Banken

1995 bis 1997 Wechsel zur PSD-Bank Kiel als Verantwortlicher für Organisation, EDV, Marketing, Kredite, Rechnungswesen

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Iris Knoop, RG AFB

zur Vermählung

Christine Siegel geb. Göthling und Ehemann, RG Schleswig-Holstein Mitte; Sven Briesemann und Ehefrau, Andreas Hoxbergen und Ehefrau, Henning Riehn und Ehefrau, RG Segeberg

In den Ruhestand traten

Rolf Paulsen, RG Kiel-Plön; Hans-Joachim Tamm, RG AFB; Hans Rieck, RG Segeberg

Berichtigung

In der letzten Ausgabe des DP-Landesjournals wurde der Kollege Wilfried Ziemer versehentlich in den Ruhestand versetzt. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen!

Die Redaktion

1997 bis heute Vorstand der PSD-Bank Kiel, seit 1998 Vorstandssprecher
Zuständig für alle Bereiche außer Vertrieb

2005 bis 2009 Mitglied im Aufsichtsrat des Sozialwerks der GdP Schleswig-Holstein

2010 bis heute Vorsitzender des Aufsichtsrates des Sozialwerks der GdP Schleswig-Holstein





Indonesische Vielfalt

17-Tage Erlebnisreise vom 16. Mai bis zum 02. Juni 2011

Vielfältige Landschaften, quirlige Metropolen, zahlreiche kulturelle Highlights und die Liebensorwürdigkeit der Menschen: All das erwartet Sie auf dieser ausführlichen Reise durch die faszinierenden Länder Indonesiens.

- Zwei Inseln, viele Kulturen und fantastische Landschaften
- Gewürze, Handwerkskunst und Nationalparks
- Attraktive Badeverlängerung auf Bali

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ 2.730,-*



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

Inkludierte Leistungen, Rundreise:

- Singapore Airlines-Linienflüge von Frankfurt über Singapur nach Medan und zurück von Denpasar über Singapur nach Frankfurt in der Economy-Class, 20 kg Freigepäck
- Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand Februar 2010)
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- 11 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 11 x Frühstück, 11 x Abendessen

Badeaufenthalt:

- Flug und Transfer nach/auf Bali
- 5 Nächte im 4-Sterne-Hotel Puri Santrian im Doppel-Beach-Wing-Room
- Frühstück

Ihr Gebeco Mehr-Wert

- Exklusive Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Bootsfahrt auf dem Toba-See
- Besuch der Orang-Utan-Auswilderungsstation Bohorok
- Besichtigung des Borobudur und des Prambanan Tempel
- Sonnenaufgang auf dem Mount Bromo
- Eintrittsgelder
- Ausführliches Gebeco-Infopaket mit Reiseliteratur
- Teilnehmerzahl mindestens 16 Personen

Erlebnisreise ab / bis Frankfurt	pro Pers. ab
Unterbringung im Doppelzimmer	2.730,- Euro*
Einzelzimmerzuschlag	+ 620,- Euro

* zuzüglich 50,- Euro Luftverkehrssteuer

Veranstalter: Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 18, 24118 Kiel / **Hinweis:** Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

www.psw-tours.de



Ostern 2011 in Lissabon

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen** im April 2011

Entdecken Sie Portugal, die alte Seehandelsmacht im äußersten Südwesten Europas: Lissabon, an der breiten Tejomündung, liegt dort „wo das Land endet und das Meer beginnt“. Durchstreifen Sie die Altstadt mit kleinen Gassen, die steilen Hügel, die auch von alten Trambahnen oder Jugendstilaufzügen erklommen werden und die prächtigen Avenidas und Plätze. In der Umgebung erwartet Sie das romantische Sintra.

Ihr Hotel: Hotel Real Parque (4-Sterne-Kategorie) o. ä. Komfortables, zentrales Mittelklassehotel nahe dem Park Eduardo VII unweit der Metro Station São Sebastião. Das Hotel verfügt über Restaurant, Bar, Sauna, Massage, Lift. Die 153 komfortablen Zimmer sind mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, SAT-TV, Mini-bar, Klimaanlage und Safe ausgestattet.

**** Unsere Termine 2011:** 21.04. bis 25.04. / 23.04. bis 27.04. sowie 25.04. bis 29.04.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Air Berlin ab / bis Hamburg über Palma nach Lissabon und zurück
- Flughafensteuer, Lande- und Sicherheitsgebühren
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum / vom Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers
- 4 Nächte im Hotel der gehobenen Mittelklasse
- Frühstücksbuffet
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- PSW-Reisebegleitung
- Insolvenzversicherung

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer	535,- Euro*
Im Einzelzimmer	665,- Euro*
Ausflugspaket (fakultativ)	135,- Euro

* zuzüglich 9,- Euro Luftverkehrssteuer

Allgemeine Hinweise: Mindestteilnehmerzahl 30 Personen pro Termin. Veranstalter: DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Und was sonst noch so war ...

5. Oktober

Engagierte Diskussion im Landesfachausschuss Kriminalpolizei. Es geht um das stets wiederkehrende Thema „Auf-treten von Polizeibeamten vor Gericht“. Der Landesfachausschuss fordert ein breiteres Seminarangebot, um Beamtinnen und Beamte auf ihre Rolle als Zeugen vorzubereiten. Aber auch die GdP soll ein Angebot dazu vorbereiten, beschließt der Geschäftsführende Vorstand später in seiner Sitzung.

11. Oktober

Anruf von Michael Carstensen, Regionalgruppe Schleswig-Flensburg. Sind die Arbeitsplätze bei den Regionalleitstellen, die aktuell mit vier bis fünf Bildschirmen ausgestattet sind, eigentlich Bildschirmarbeitsplätze im Sinne des Tarifrechts? Dazu hat es nicht nur bei der in seinem Bereich angesiedelten Regionalleitstelle, sondern auch woanders Diskussionen gegeben. Ergebnis von Nachfragen des Hauptpersonalrates und des örtlichen Personalrates: Diese Arbeitsplätze sind zweifelsfrei Bildschirmarbeitsplätze.

13. Oktober

Am Telefon ein Beamter der Wasserschutzpolizei, der einen Laufbahnwechsel anstrebt. Wie sich bis zum Redaktionsschluss erweist, ist er nicht der Einzige; bis Ende Oktober liegen bei uns vier Anfragen von Wasserschützern vor, die entweder zur Schutz- oder zur Kriminalpolizei auf attraktive Dienstposten wechseln wollen. Das Problem: Nach Ansicht des Landespolizeiamtes können sie es nicht, weil die Personaldecke bei der WSP so dünn ist, dass man einen weiteren personellen Aderlass um jeden Preis vermeiden möchte. Aber kann man es den Beamten verübeln, wenn sie sich weiterentwickeln wollen? Sind sie es, die die Personalknappheit der Wasserschutzpolizei zu vertreten haben?

19. Oktober

Ein Rechtsschutzfall gibt uns Anlass zu einer Diskussion. Sicher ist dies kein Einzelfall: Während eines Einsatzes wird ein Polizeibeamter von einer stark alkoholisierten Frau, die zunächst bewegungslos auf einem Gehweg liegt, durch eine plötzliche Attacke an der Hand verletzt. Gut zwei Wochen später – der Beamte war nur ganz kurzfristig dienstunfähig – ist er wieder Opfer einer Attacke,

wieder wird er an den Händen verletzt, diesmal aber mit Knochenbrüchen. Die erste Täterin ist polizeibekannt und ohne festen Wohnsitz. Der Täter in der zweiten Sache wohnt in Serbien. Der durchaus zu Recht bestehende Anspruch des Polizeibeamten auf Schadensersatz und Schmerzensgeld dürfte wohl kaum unter diesen Umständen durchsetzbar sein. Dienststelle und Personalrat bemühen sich daraufhin um eine andere Art der Genugtuung.

26. Oktober

Bei vielen sind sie angekommen: die Reisegutscheine, die Regionalgruppen oder Personengruppen für besondere Anlässe an GdP-Mitglieder ausgehändigt haben. Ihr Wert war stets 100 Euro und konnte bei ITS, Jahn Reisen oder Tjaerreborg eingelöst werden. Jetzt kündigt das Unternehmen diese Aktion zum 31. Dezember 2010. Bisher nicht eingelöste Gutscheine sollen so schnell wie möglich vorgelegt werden. Ob es eine Fortsetzung mit einem anderen Unternehmen gibt, ist noch nicht entschieden.

29. Oktober

Schon in aller Frühe kommen Thorsten Schwarzstock und Olaf Müller zu uns in die Geschäftsstelle. Heute haben sie eine Aktion in der Flensburger Innenstadt geplant „Hände weg von der JVA“ heißt das Motto, mit dem sich die Regionalgruppe Justizvollzug gemeinsam mit dem Präsidenten des Landgerichts und dem Flensburger Bürgermeister Barkmann für den Erhalt des Flensburger Gefängnisses einsetzen. Rund 2500 Solidarierungsunterschriften werden an diesem Tag gesammelt und die Aktion geht weiter.

1. November

Am Vorabend unserer 7. Kriminalpolitischen Fachtagung sitzen wir mit einigen Beteiligten in einem Kieler Hotel und besprechen die letzten Details. Dabei ist auch Alexander Geschonneck, Partner der großen Wirtschaftsprüfung KPMG. Geschonneck berichtet, dass er im Grunde genommen das Gleiche tut wie die Polizei: Das Durchforsten von Computern, wenn der Verdacht auf falsches Handeln, Straftaten wie das Abzweigen von Kundendaten oder Geld, besteht. Auftraggeber sind die geschädigten Firmen. Der Unterschied zur Polizei:

Er hat wesentlich mehr Geld und Personal dafür zur Verfügung.

2. November

Im Posteingang heute ein Schreiben des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Thema: Jugendkriminalität. Es liegt ein Brief der Landesregierung (Drucksache 17/665) mit einer weitreichenden Analyse und Lösungsvorschlägen vor. Am 24. November wird dazu eine ganztägige Anhörung im Landeshaus durchgeführt. Für uns wird federführend Michael Koettlitz dabei sein.

3. November

In der Rechtsschutzkommission liegt zum zweiten Mal der Fall einer Tarifbeschäftigten vor. Wegen des Verdachtes, sie habe Gehalt und Krankenbezüge doppelt bezogen, erhielt die alleinerziehende Arbeitnehmerin eine „außerordentliche Kündigung, hilfsweise eine ordentliche Kündigung“. Bei späterer Recherche stellt sich heraus, dass der Doppelbezug ein Irrtum war. Prima gehandelt!, kann man hier nur rufen. Führen durch Erschrecken scheint ein neuer Grundsatz zu sein. Umgekehrt wäre es besser: erst prüfen und dann handeln.

4. November

Bei der heutigen Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes geht es auch um die Durchführung von kriminalpolizeilichen Bereitschaftsdiensten. Schon im vergangenen Jahr hat der Delegiertentag beschlossen, hier eine Reform anzusetzen, die insbesondere zum Ziel hat, keine Einsatzfahrten mehr nur durch einen Beamten durchzuführen. Dies ist der Eigensicherung geschuldet. Aber in der Diskussion heute geht es auch um die Frage von Arbeitszeit und Vergütung, um andere Dienstformen und um Vergleiche mit anderen schleswig-holsteinischen Dienststellen. Torsten Jäger berichtet zu diesem Tagesordnungspunkt auch über die Diskussion in der Polizeidirektion Neumünster. Während die Problematik der kriminalpolizeilichen Bereitschaft in Lübeck directionsübergreifend von Fehmarn bis zur Elbe gelöst ist, diskutiert man auch mit Hinblick auf die knappe Personalsituation in anderen Teilen des Landes über die schwierigen Abläufe des kriminalpolizeilichen Bereitschaftsdienstes.

